

AKTUELL

KULTURPOLITIK IN ESCH-ALZETTE

FrEsch unter Beschuss

Joël Adami

Das Kunstkollektiv Richtung22 und FrEsch, der Kulturverwaltungsverein der Gemeinde Esch, liefern sich mittels Pressemitteilungen Wortgefechte um den Rauswurf aus dem Bâtiment 4. Die Escher LSAP meldete sich ebenfalls zu Wort.

Richtung22 sei nicht aus dem Bâtiment 4 „rausgeworfen“ worden, der Vertrag des Kollektivs sei lediglich nicht verlängert worden. Das ist zumindest die Sicht des Vorstands des Vereins FrEsch, der viele Kulturaktivitäten der Stadt Esch verwaltet. Am vergangenen Donnerstag erreichte die woxx kurz nach Druckschluss eine Pressemitteilung, in der FrEsch dies betonte. Diese Entscheidung sei nach einer im März 2024 durchgeführten „Analyse“ gefällt worden. Die Kriterien hierfür seien Frequenz und Benutzung der Räumlichkeiten, Beiträge zum Leben des „tiers-lieu culturel“, Teilnahme am kulturellen Leben von Esch, Teilnahme an der Veränderung des Stadtbildes, Respekt der Sicherheit, Sauberkeit und Aufräumen der Küche sowie der Gemeinschaftsräume nach deren Nutzung.

Kulturzentrum oder Student*innen-WG?

Interessant an der Pressemitteilung: Anders als üblich wurde sie nur an drei Medien, statt an alle geschickt. Außerdem ist sie im Namen des Verwaltungsrats geschrieben, obwohl laut woxx-Informationen zumindest einige Mitglieder nichts davon wussten. In einem offenen Brief antwortete Richtung22 auf die Erklärungen und Anschuldigungen von FrEsch. Die Künstler*innen betonen darin, dass nicht nur ein Vertrag über den Verbleib im Bâtiment 4 existiert, der Ende Mai 2024 ausläuft, sondern auch einer über eine „Carte Blanche“, mit dem künstlerische Aktivitäten des Kollektivs gefördert werden. Dieser Vertrag laufe bis September 2024, „frEsch versucht also gerade, Richtung22 während eines laufenden Vertrages mit frEsch hinauszuerwerfen“, heißt es in dem Schreiben des Kollektivs.

In dem vierseitigen Dokument nehmen die Künstler*innen FrEschs Kriterien – aus ihrer Sicht – auseinander. Vorwürfe über unaufgeräumte Gemeinschaftsräume und Küche weist das Kollektiv nicht gänzlich von sich, gibt aber an, die von ihm benutzte Küche im zweiten Stock des Gebäudes regelmäßig aufzuräumen und keine Beschwerden über den Zustand der Gemeinschaftsräume erhalten zu haben. Die Sicherheitssituation habe

man hingegen verbessert, indem man ein Awareness-Konzept ausgearbeitet und sich für das Freiräumen von Notausgängen eingesetzt habe. Allerdings: Richtung 22 beanstandet die Kameraüberwachung des Bâtiment 4 und hat deswegen die Datenschutzkommission eingeschaltet.

Auch die anderen Kriterien, die FrEsch aufführte – die sich auf das kulturelle Leben im Bâtiment 4 und in Esch bezogen –, kommentierte das Kunstkollektiv, vor allem mit Beispielen seiner künstlerischen Arbeit der letzten Jahre. Grundsätzlich beschwert sich Richtung22 auch, dass es keinerlei vorherige Kommunikation oder Vorwarnungen gegeben habe und sie nun vor vollendete Tatsachen gestellt worden sei.

LSAP Esch mischt sich ein

Das Kunstkollektiv hatte immer wieder die finanziellen Gebaren von FrEsch kritisiert: Man gebe zu viel Geld für Großevents wie die „Francofolies“ und die „Nuit de la culture“ aus, während die Dotationen für lokale Künstler*innen viel zu klein seien. Dieser Kritik schließt sich nun die Escher LSAP-Sektion an. Die größte Oppositionsfraktion im Escher Rathaus bemängelte in einer Pressemitteilung nicht nur die hohen Summen, die die Stadt Esch an den Verein ausschütete, sondern auch, dass damit die Kontrollfunktion des Gemeinderats außer Kraft gesetzt werde: Der Verein, dessen Vorsitzender der Escher Kulturschöffe Pim Knaff (DP) ist, könne an der Opposition vorbei handeln. Die LSAP Esch kritisierte außerdem den Fokus auf Großevents und den Rauswurf von Richtung22: „In Esch lassen wir wenige Stars kommen, die nichts außer leeren Getränkedosens hinterlassen. Aber Richtung22, die sich in den kulturpolitischen Diskurs in Esch einbrachten, wird plötzlich gekündigt?“

Obwohl es so aussieht, als müsse Richtung22 das Bâtiment 4 demnächst verlassen, kann das Kollektiv einen Erfolg verbuchen: Die Autorité luxembourgeoise indépendante de l'audiovisuel (Alia) meldete am vergangenen Dienstag, sie verfolge 16 verschiedene Dossiers gegen RTL. Seit Anfang des Jahres kritisiert Richtung22 mit Website, Theaterstück und Film das größte Luxemburger Medienhaus (siehe woxx 1773). Die Künstler*innen hatten bei der Alia unterschiedliche Missstände, von versteckter Werbung über plagierte Artikel bis hin zur Verletzung der gesetzlichen Mission angekreidet. Die Kontrollbehörde der audiovisuellen Medien geht diesen nun nach.

SHORT NEWS

Entwicklungs-NGOs: Fragen bleiben offen

(mes) – Die in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen NGOs sehen ihren Bildungsauftrag gefährdet. Das geht aus einer Pressemitteilung von „déli gréng“ vom vergangenen Montag hervor. Das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit hatte dem Dachverband der betroffenen NGOs, dem Cercle de Coopération, Mitte März mitgeteilt, die mehrjährigen Rahmenvereinbarungen mit ihnen abschaffen zu wollen. Der Entschluss betrifft die Finanzierung der NGOs zwar nicht unmittelbar. An die in den Vereinbarungen geregelten Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen sind aber finanzielle Zuschüsse vonseiten des Staates gebunden. Ihre Hoffnung, die am vergangenen Montag stattgefundene Sitzung des außenpolitischen Ausschusses in der Chamber werde für Klarheit sorgen, sahen die Grünen enttäuscht. „Ob und wie diese Kompetenzen auch in Zukunft eingesetzt werden sollen, konnte das Ministerium uns nicht mitteilen“, so Joëlle Welfring, die grüne Sprecherin für Entwicklungsarbeit. Die Abschaffung der Rahmenvereinbarungen würde laut déli gréng die Zukunft von rund 50 Mitarbeiter*innen aus 25 NGOs betreffen. Verschiedene Aspekte der gegenwärtigen Regelung seien zwar verbesserungsbedürftig, schreiben déli Gréng in ihrer Mitteilung, doch die Regierung habe den NGOs keine zusätzlichen Informationen über die geplanten Verfahren geliefert, weshalb die Aussage für „Unruhe“ und „Unverständnis“ Sorge. Die Partei hat nun abermals eine Anfrage erstellt, um das Thema in einer nächsten Kommissionssitzung erneut zu behandeln.

Zéro pointé pour les producteurs d'acier

(fg) – Les aciers produits par ArcelorMittal sont-ils vraiment « plus intelligents pour les hommes et la planète », comme le prétend le sidérurgiste luxembourgeois ? Pour Steel Watch, la réponse est négative. Ce 29 avril, cette ONG a réuni, à Belval, des organisations du monde entier « pour lancer un défi à l'entreprise, l'appelant à modifier ses pratiques, ses politiques et ses plans en matière de droits humains, de climat et d'environnement ». Outre 46 décès survenus l'an dernier dans une mine de charbon au Kazakhstan, Steel Watch reproche au sidérurgiste de continuer à « investir dans la production d'acier à base de charbon, ce qui entraîne des émissions de gaz à effet de serre ». Cette pollution « nuit à la santé des travailleurs et des voisins », déplore l'ONG. La réunion s'est tenue à la veille de l'assemblée générale des actionnaires d'ArcelorMittal, qui y a annoncé un bénéfice de 875 millions d'euros au premier trimestre 2024. Acier encore, avec Ternium, un sidérurgiste sud-américain dont le siège mondial est domicilié à Luxembourg. Ce 2 mai, une délégation d'ONG mexicaines et brésiliennes, ainsi que le collectif luxembourgeois « Initiative pour un devoir de vigilance », s'est rendu au quartier général de Ternium pour l'interpeller sur le respect des droits humains et environnementaux dans ses activités. Début 2023, Ternium avait fait la une de l'actualité après l'enlèvement, au Mexique, de deux défenseurs des droits humains qui négociaient des compensations pour les riverains d'une mine de fer exploitée par le sidérurgiste. On est toujours sans nouvelles des deux militants.

Brüsseler Mieter*innen verarmen

(tf) – Für einen Großteil der Brüsseler Bevölkerung ist das Leben in der belgischen Hauptstadt unbezahlbar geworden. 6 von 10 Personen wohnen zur Miete, das sind doppelt so viele wie im Rest des Landes. Die Mieten in der Kapitale steigen viel schneller als das Einkommen und belasten das monatliche Budget der Miethaushalte, die nach und nach verarmen. Grund für die seit mindestens 15 Jahren sich drastisch zuspitzende Entwicklung ist der völlig unregulierte Mietwohnungsmarkt. Das geht aus einer im vergangenen Jahr von dem Geografen Hugo Périlleux als Doktorarbeit veröffentlichten Studie hervor, die nun von dem Brüsseler Magazin „Médor“ in einer popularisierten Version grafisch aufbereitet und online gestellt worden ist. Besonders betroffen sind demnach alleinstehende Personen und Haushalte mit niedrigem Einkommen. Für sie grenzt es nahezu an ein Wunder, in der Hauptstadt angemessenen Wohnraum zu finden, dessen Miete 30 Prozent des Einkommens entspricht. Viele der vermieteten Wohnungen sind überdies völlig veraltet und schlecht isoliert, was zusätzlich zu hohen Heizkosten führt und dem Klima schadet. „Der Profit der Vermieter resultiert aus längst abgeschriebenen Wohnungen“, so Périlleux, der an der Université libre de Bruxelles arbeitet. Die Konsequenzen sind ähnlich wie andernorts: Es ziehen die Menschen um, entweder innerhalb der Stadt, was zur Mietpreisentwicklung in den „billigeren“ Vierteln beiträgt, oder sie verlassen Brüssel und ziehen nach Flandern oder in die Wallonie. Die Studie online: <https://bxl-rentiere.medor.coop/>